

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessien  
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

**Bezugspreis:** Einzel-Nr. 15.— Mk. Durch Austräger 70.— Mk. pro Woche. Durch die Post 240.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag. Redaktionssprecht: 8—6 Nachm. Produktivgenossenschaft f. d. Provinz Schlessien, e. G. m. b. H., Breslau, Hoffscheldtstr. 81069. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Sonnabend, 2. Dezember 1922

**Anzeigenpreise:** Die 8 gespaltenen Millimeterzeile über deren Raum 10.— Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2,50 Mk. Kleine Anzeigen per Wort 1,50 Mark. — Retraite: Die Millimeterzeile 8 gespalten über deren Raum im Text 30.— Mk.

## Der Abwehrkampf in Ludwigshafen.

Die Belegschaften der Badischen Anilin- und Sodafabriken verharren im Streik.  
Solidarität der Gesamtarbeiterchaft Ludwigshafens.

Die Belegschaften des Ludwigshafener und Oppauer Werks der Badischen Anilin- und Sodafabrik verharren weiter im Streik und sind gewillt, nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis die Entlassung der drei zum Betriebsrätekonferenz delegierten Betriebsräte rückgängig gemacht ist. Als Antwort auf die Provokation der Anilinkönige hat die Vertrauensmännerversammlung der Badischen Anilin- und Sodafabrik einstimmig den Streik beschlossen. Die Firma veranlaßt darauf ein Urteil des Gewerbegerichts, das die fristlose Entlassung der Betriebsräte bestätigt. Nun verkündete die Direktion in einem Anschlag, daß sämtliche Arbeiter, die nicht bis zum 28. November, nachmittags 3 Uhr, die Arbeit wieder aufgenommen haben, entlassen seien. Dieses Manöver scheiterte an der Einigkeit der Belegschaften, die nach wie vor auf der Rückgängigmachung der Entlassung bestehen.

Heute haben die Funktionäre des Ludwigshafener Wirtschaftsgebietes zu der Lage Stellung genommen und als Solidaritätsaktion den Generalstreik für das gesamte Industriegebiet beschlossen. Die Vertreter der Gewerkschaften weigerten sich, den Generalstreik zu proklamieren, wie sie sich überhaupt gegen jeden Solidaritätsstreik zugunsten der mit fristloser Entlassung bedrohten Teilnehmer am Reichsbetriebsrätekonferenz ausgesprochen haben. Es schweben zurzeit noch Verhandlungen mit den Vertretern der Gewerkschaften, die noch zu keiner endgültigen Entscheidung geführt haben.

WGB Mannheim, 29. November.

Der Streik bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik gewinnt an Ausdehnung, nachdem sich die Arbeiter von fünf weiteren Fabriken dem Streik angeschlossen haben.

Obwohl sie noch vom frischen Blute der Opfer der Oppauer Explosionskatastrophe triefen, fühlten sich die Anilinkönige als Vertreter des straff organisierten und konzentrierten chemischen Trusts dazu berufen, an der Spitze des deutschen Unternehmertums einen Hauptschlag gegen die Selbsthilfebewegung der Arbeiterschaft zu führen. Doch der durch ihre Provokation herausbeschworene Riesenkampf in Ludwigshafen zeigt, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, ihre Vertrauensleute maßregeln zu lassen und daß sie entschlossen ist, das vom Reichsbetriebsrätekonferenz aufgestellte Programm mit aller Macht zu verfechten.

## Die USPD lehnt die Bildung einer Arbeiterregierung in Sachsen ab.

Vom Landesvorstand Sachsen der KPD. wird uns geschrieben:

Die Verhandlungen zwischen USPD und KPD über die Bildung einer Arbeiterregierung in Sachsen sind gescheitert.

Die USPD hatte als Unterhändler lauter rechtsstehende Vertreter entsandt, die die von der KPD aufgestellten Forderungen alle ablehnten. Sie wollten lediglich der Eintritt von Kommunisten in eine sozialdemokratische Regierung, um die alte sozialdemokratische Politik fortzusetzen.

Die Kommunisten erklärten sich bereit, über die Formulierung aller Forderungen zu verhandeln und sich nicht an den Wortlaut zu klammern. Die Aussprache über die einzelnen Punkte ergab jedoch, daß die Vertreter der USPD der Sache nach alle 10 Forderungen ablehnten.

Sie lehnten es ausdrücklich ab, eine Arbeiterregierung zu bilden, die bereit ist, die durch die Parlamentsmehrheit der USPD und KPD eroberte Staatsgewalt, wie sie durch den Ausgang der Wahlen gegeben ist, in den Dienst des Kampfes der Arbeiterklasse gegen Hunger und Elend und gegen den brutalen Unternehmerangriff auf den Achtstundentag rücksichtslos anzuwenden.

Sie brachten gegen jeden Punkt den Einwand, daß die Verfassungsparagraphen im Reich und in Sachsen deren Verwirklichung nicht zulassen. Sie formulierten in

Die gesamte Arbeiterschaft muß den Ludwigshafener Kämpfern aktive Solidarität entgegenbringen und sie mit aller zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen. Aufgabe der Gewerkschaftsmitglieder ist es, in ihren Organisationen dafür zu sorgen, daß die reformistischen Führer nicht mehr in der Lage sind, das geschlossene Einrücken der Gewerkschaften in die Kampffront zu verhindern. Die Maßregelung von Betriebsräten und Arbeiterdelegierten verstoßt gegen das Betriebsrätegesetz und bedeutet einen Angriff auf die Koalitionsfreiheit, auf das Recht der politischen Betätigung der Arbeiterschaft. Die Gewerkschaftsmitglieder, die sich das Recht erkämpft haben, ihre Delegierte zu Verbands- und Parteitag oder Arbeiterkongressen senden zu können, dürfen sich dieses Recht nicht nehmen lassen.

Erneut muß an die ehrlichen USPD-Mitglieder appelliert werden, ob sie es zulassen wollen, daß ihre Vertreter die Regierung des Trustkapital unterstützen und die Arbeiterregierung sabotieren. Kein ehrlicher Arbeiter kann tatenlos zusehen, wie das Kapital sämtliche Arbeiterrechte beseitigen, die Arbeitszeit maßlos verlängern und die Nation immer mehr kürzen will.

Darum hinein in die proletarische Kampffront!

## Generallstreik in der gesamten Industrie von Lamprecht (Pfalz).

Im engsten Zusammenhang mit der Bewegung der Badischen Anilin- und Sodafabrik sind Haftbefehle gegen Lamprechter Arbeiter veranlaßt worden. Als Grund wird angegeben, daß gegen sie ein Verfahren aus Unlaß der Raibenaudemonstration schwebt. Verhaftet wurden bis jetzt drei Prozeßbeteiligte, darunter ein Mitglied des Vollzugsrates der Betriebsräte der Pfalz. Die Lamprechter Arbeiterschaft hat einstimmig den Generalstreik beschlossen und konsequent durchgeführt. Die Bewegung wird voraussichtlich weitere Kreise ziehen.

## Weitere Provokationen.

Nach einer Zuschrift aus Karlsruhe hat die Maschinenbau A.G. in Karlsruhe die Teilnehmer am Betriebsrätekonferenz fristlos entlassen. Diese Mitteilung wurde, offenbar in provokatorischer Absicht, den Delegierten telephonisch nach Berlin mitgeteilt.

allgemeinen Redensarten ein Scheinprogramm, das den Arbeitern Hilfeleistung durch die Regierung vortauschen sollte, statt mit und durch die Massen die Mittel und Wege zu benützen, welche die Arbeiterklasse und ihr ausführendes Organ, die Arbeiterregierung, zu einer gemeinsamen Kampfkraft zusammenschafft. Sie lehnten insbesondere jede unmittelbare Mitwirkung der proletarischen Klassenorgane, der Betriebsräte, bei der Gesetzgebung und Durchführung gesetzgeberischer Maßnahmen rundweg ab.

Den Eintritt in eine sozialdemokratische Koalitionsregierung, die alles beim alten läßt, mußten die Kommunisten ablehnen. Die Bildung einer Arbeiterregierung zur Durchführung von Maßregeln, die geeignet wären, die Arbeiter in diesem Hungertwinter vor der Katastrophe zu retten, lehnte die USPD ab aus Furcht vor Zusammenstoßen mit der Bourgeoisie und der reaktionären Reichsregierung, die vor wenigen Tagen von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein Vertrauensvotum erhalten hat.

Der erste Versuch, eine Arbeiterregierung zu bilden, ist an der Furcht vor dem Kampf mit der Bourgeoisie durch die USPD gescheitert. Die KPD erklärte am Schluß der Sitzung, daß sie trotz des Scheiterns der Verhandlung nach wie vor für das Zustandekommen der Arbeiterregierung unter den werktätigen Massen wirken wird. Die KPD fordert alle Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, den Kampf um die Arbeiterregierung weiter zu führen. Die Arbeiter der USPD müssen ihre Führer zwingen, die gemeinsame Front mit der Bourgeoisie und die Furcht vor dem Kampf mit der Bourgeoisie aufzugeben.

## Das Scheitern der sächsischen Arbeiterregierung.

Von Paul Böttcher.

In Sachsen sind die Verhandlungen zwischen den beiden Arbeiterparteien über die Bildung einer Arbeiterregierung gescheitert. Damit ist gleichzeitig der erste Versuch in Europa gescheitert, die Einheitsfront des Proletariats in Form einer Arbeiterregierung zu verwirklichen.

Bei einem großen Teil der Arbeiterschaft wird das Nichtzustandekommen der Arbeiterregierung Enttäuschungen hervorgerufen. Diese haben ihren Grund darin, daß bei den bürgerlichen Wahlen in Sachsen das Proletariat aus eigener Kraft gegenüber der Bourgeoisie eine Parlamentsmehrheit zustande gebracht hatte. Und zwar eine noch stärkere proletarische Mehrheit als bei den vorletzten Wahlen. Die proletarische Mehrheit bei den verfassungsmäßigen Wahlen ist der Ausgangspunkt gewesen für die Versuche zur Bildung einer Arbeiterregierung.

Unknüppelnd an den in breiten Arbeitermassen vorhandenen Glauben an die Möglichkeit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat auf konstitutionellem Wege, ohne außerparlamentarischen Kampf, mußten nunmehr von den Arbeiterparteien die nächsten Schritte zur Auswertung der parlamentarischen Machtverhältnisse getan werden. Da Kommunisten und Sozialdemokraten vor den Wahlen ihren Anhängern gegenüber für die Arbeiterregierung eingetreten waren, fragten die Sozialdemokraten nach den Wahlen bei den Kommunisten an, ob sie „unter Anerkennung der Reichs- und Landesverfassung“ bereit seien, mit ihnen eine Regierung zu bilden. Die Kommunisten beantworteten diese Gretchen-Frage mit dem Hinweis, daß die Sozialdemokratie früher selbst den Eid auf die Verfassung als ein politisches Mittel zum Sturz der Verfassung benützt hat und daß Verfassungsfragen nicht Bekenntnis-, sondern Machtfragen sind.

Gleichzeitig legte die kommunistische Partei ein positives Programm für die Arbeiterregierung vor. Dieses Programm enthielt zum größten Teil Forderungen, die bereits von der SPD und vom WGB mehrfach aufgestellt waren. Dem Kampf um diese Forderungen waren die sozialdemokratischen Führer bisher jedoch beharrlich ausgewichen. Die kommunistische Partei erklärte, daß sie von den Sozialdemokraten zwar nicht den Kampf um die Diktatur des Proletariats, aber um die notwendigsten Bedürfnisse der proletarischen Massen fordert. Dieser Kampf kann nur ausgefochten werden mit Hilfe der proletarischen Massen und ihrer Klassenorgane außerhalb des Parlaments. Die Beschlüsse der proletarischen Mehrheit im sächsischen Landtag können bei dem jetzigen Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat nichts anderes sein, als eine Bestätigung und Anerkennung der vom Proletariat selbst geschaffenen politischen Tatsachen.

Bei den Verhandlungen, die am 28. November mit den Vertretern der SPD über die Bildung der Arbeiterregierung geführt wurden, hat es sich gezeigt, daß die Sozialdemokratie die größte Feindin der Arbeiterregierung ist. Die Vertreter der USPD erkannten zwar die sachliche Berechtigung des größten Teils der kommunistischen Forderungen an; sie schufen jedoch zurück, diese Forderungen in ein Regierungsprogramm aufzunehmen. Die wichtigsten Forderungen der KPD, die erst die eigentliche Grundlage der Arbeiterregierung bilden, lehnten sie ab. Auf die Fragen unserer Genossen, wie sie sich die praktische Durchführung, z. B. der Verhinderung des Lebensmittelwunders, der Produktionsfabrikation, der Wohnungsnot und den Schutz der Arbeiter vor den bewaffneten Angriffen der Faschisten denken, antworteten die sozialdemokratischen Führer mit Verfassungsparagraphen, Parlamentsregeln und Advokatenfloskeln. Den Appell an die arbeitenden Massen zum außerparlamentarischen Kampf für die Durchführung parlamentarischer Forderungen lehnten sie ausdrücklich ab. Ebenso lehnten sie es ab, in bestimmten Fragen auch nur den Versuch zu unternehmen, gegen die reaktionäre Politik der Reichsregierung den offenen Kampf aufzunehmen. Noch mehr. Die sozialdemokratischen Führer fürchten sich davor, die Verfassung bis an ihre äußerste Grenze im Interesse der Arbeiterschaft auszunutzen. Ein Ver-

sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem Kabinett Dr. Beder-Cuno das Vertrauen ausgesprochen hat, scheuen sich die sozialdemokratischen Führer in Sachsen davon, politische Maßnahmen zu ergreifen, die sie in Widerspruch bringen muß mit ihrer Koalitionspolitik im Reich. Der vergangene sächsische Landtag ist bereits an dieser Koalitionspolitik verendet. Der jetzige Landtag wird kein besseres Schicksal erleben, wenn sich die proletarischen Massen nicht anders entscheiden. Die Absicht der sozialdemokratischen Unterhändler in den Verhandlungen mit den Kommunisten war eindeutig. Sie verlangten den Eintritt von kommunistischen Ministern in ein sozialdemokratisches Kabinett. Die kommunistische Maskierung sozialdemokratischer Stimmes-Politik lehnten unsere Vertreter selbstverständlich ab.

Das Scheitern des ersten Versuches der Kommunisten mit den Sozialdemokraten eine Arbeiterregierung zu bilden, ist für die gesamte Arbeiterschaft sehr lehrreich. Er zeigt den Arbeitern, daß die USPD-Führer nicht geneigt sind, auf dem Boden des Klassenkampfes gemeinsam mit dem Proletariat gegen die bestehende Klasse vorzugehen. Die sozialdemokratischen Führer wenden sich ganz offen gegen alle politischen Maßnahmen, die zu einem Zusammenstoß mit der Bourgeoisie führen können. Damit lehnen sie den ersten Kampf um die Besserung der Lage der arbeitenden Klasse überhaupt ab. Denn unter den heutigen Verhältnissen kann die Lage des Proletariats nur gehoben werden, auf Kosten der bestehenden Klasse. Die Mobilisierung der Massen für diesen Kampf fürchtet die USPD-Führerschaft, weil sie sehr gut weiß, daß in der objektiv revolutionären Situation der Kampf um Reformen jederzeit ungeschlagen kann in die soziale Revolution. Deshalb fürchtet die USPD die Arbeiterregierung ebenso sehr, wie sie die Diktatur des Proletariats fürchtet. Die sozialdemokratischen Führer werden nur dann zu einer Arbeiterregierung bereit sein, wenn der revolutionäre Massenruch für sie keinen anderen Ausweg läßt. Ob dann allerdings die kommunistische Partei an Stelle der Arbeiterregierung schon die Diktatur des Proletariats setzen kann, darüber wird die Geschichte entscheiden. Gegenwärtig fürchten die sozialdemokratischen Führer die Einheitsfront des Proletariats und die Auslösung von Massenkämpfen in jeder Form.

Das ist die Lehre der Verhandlungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten um die Bildung der Arbeiterregierung in Sachsen.

Die kommunistische Partei hat in der Geschichte bestätigt gefunden, daß ihr Weg der richtige Weg ist. Sie wird nun erst recht mit doppelter Kraft unter den Massen für die Arbeiterregierung kämpfen.

## Im Preussischen Landtag

hat die kommunistische Fraktion mehrere Anfragen eingebracht. Das Staatsministerium wird interpelliert wegen der Ausweisung unserer Parteiredakteure, der Genossen Heinrich Zückind, Ernst Krauß und Heinz Möller und um Rückgängigmachung der Ausweisung ersucht. — Ferner wird in einer Anfrage gegen die Verhütung und schlechte Behandlung einer größeren Anzahl von Funktionären der KPD, wie z. B. der Berliner Stadtverordneten Kojenberg und Gohle, Beschwerde eingelegt und das Staatsministerium zur Abstellung dieser Mißstände der Untersuchungschaft aufgefordert. — Mit den zuständigen Untersuchungsgefängnissen beschäftigt sich auch eine Anfrage, die sich auf die Verhaftung der 107 Reichswehrsoldaten bezieht, die unter der Beschuldigung der Mauterei und anderer militärischer Vergehen in das Gerichtsgefängnis in Erfurt gebracht wurden, weshalb 74 verstorben. — Endlich wird um Maßnahmen ersucht gegen die Ausländerjuche in Wohnungen von Parteigenossen, besonders zur Nachtzeit durch illegitimerte Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft.

## Lokales.

### Eine Sat der USPD.

Vom Magistrat wurde in der letzten Sitzung ein Antrag beschlossen, die Gehälter für die Besetzung eines Amtes für Frauen von 500 auf 500 Mark und für Männer von 1.000 auf 1.000 Mark zu erhöhen. Der Antrag der USPD wurde mit 10 gegen 1 und 2 Stimmen abgelehnt.

Mit jedem Tage wächst die Not. Schier unerträglich ist das Brot. Weiz, Butter, Käse und auch Eier, sind längst für Dich, Prolet, zu teuer.

Die Schabe sind Dir abgeritten, Dein Rock ist dünn und arg verächtlich. Ein Hemde halt Du auch nicht mehr — An Winterkühle lebst es sehr.

Fährwahr, Du gehst es gar nicht gut. Doch tröste Dich und laß die Not! Wenn Du auch nichts mehr halt zum Essen, So kommst Du doch noch billig — austreten. Babu.

### Stadtverordneten-Versammlung.

#### Große Reden. — Neue Erhöhungen.

Die letzte Stadtverordneten-Versammlung war außerordentlich großartig besetzt. Die neubekanntesten Redner des Stadtparlamentes und Wärters doch ein leichtes Geschehen ankommen. Jedesmal, wenn irgendwelche Erhöhungen beschlossen werden sollen, dann suchen sie ihren Wählern die bittere Pille durch süße Reden schmackhafter zu machen. Dabei scheint es zu weilen gar, daß wirklich die Vertreter verschiedener Klassen im Stadtparlament sitzen. Man sieht und hört, wie sie sich gegenseitig beschöden und geschäft, es dies

# An die arbeitende Jugend Deutschlands!

## An die Mitglieder der proletarischen Jugendorganisationen!

### Junge Arbeiter und Arbeiterinnen!

Ihr alle leidet tiefste Not. Viele Tausende von euch sind bereits verurteilt, grausamen Hunger und Elend zu ertragen. Das drohende Gespenst der Arbeitslosigkeit wird in wenigen Wochen wiederum viele junge Proletarier dem Hungertode ausliefern. Mit jeder neuen Lohnerhöhung der erwachsenen Arbeiterschaft erfolgt gleichzeitig eine relative Kürzung eurer Löhne. Die Gewerkschaften tragen somit Schuld daran, daß sich die Differenz zwischen den Löhnen der erwachsenen und jugendlichen Arbeiter immer mehr erweitert. Dies Gebahren muß zur Schmutzkonkurrenz und Streikbrecherarbeit der jugendlichen Arbeiter führen. Immer rücksichtsloser werdet ihr ausgebeutet, und die Parole der Gewerkschaften heißt: „Zum Wohle der Volksgemeinschaft“, d. h. der Bourgeoisie, Wucherern und Schiebern müßt ihr alles ertragen.

Der Reichsbetriebsrätekongreß, der in diesen Tagen in Berlin zusammengetreten ist, ist ein Zeichen dafür, daß ein großer Teil des Proletariats erkannt hat, daß es den Absichten der bestehenden Klasse seinen Willen zum Abwehrkampf entgegenstellen muß. Die Vertreter von Millionen von Arbeitern schiedem gemeinsam die Waffen, um den Kampf gegen die wachsende Verelendung des Proletariats führen zu können.

Jungproletarier! Auch ihr seid auf dem Konkrete vertreten! Zweihunderttausend jugendliche Arbeiter aus allen Teilen Deutschlands haben 47 Delegierte entsandt. Wie bei den erwachsenen Arbeitern, so nehmen auch in unseren Reihen neben den politisch nicht organisierten jugendlichen Mitgliedern aller proletarischen Jugendorganisationen an den Verhandlungen teil, weil sie die Notwendigkeit der Einheitsfront aller Arbeitenden erkannt haben. Wir Jungarbeiter waren, wie die Erwachsenen gezwungen, diesen Weg zu gehen, am Reichsbetriebsrätekongreß teilzunehmen, weil die Gewerkschaften auch die Interessen der jungen Proletarier aufs Größte vernachlässigt haben. Es ist eine Tatsache, daß sich besonders die Lage des Jungproletariats immer mehr verschlechtert.

Wollt ihr das? Nein und abermals nein, muß eure Antwort lauten! Und weil auch wir uns bewußt waren, daß nur der rücksichtslose Kampf gegen unsere Ausbeuter unsere elende Lage verbessern kann, deshalb schlossen wir uns dieser Bewegung der erwachsenen Arbeiterschaft an. Es gilt jetzt, gemeinsam mit ihr den Kampf aufzunehmen.

In allen Kontrollausschüssen der erwachsenen Arbeiterschaft müssen auch die Vertreter der proletarischen Jugend vertreten sein.

Alle Mißstände in den Betrieben müssen mit ihrer Hilfe aufs energichste bekämpft werden. Die geringe Entlohnung aller Lehrlinge und jungen Arbeiter macht es notwendig, daß die Kontrollausschüsse besonders eintreten:

- Für die Abgabe von herabgesetzten billigen Lebensmitteln für Jugendliche.
- Gleichen Beschaffung von billigem Schuhwerk und Bekleidung.
- Freie Eisenbahn- und Straßenbahnfahrt zur Fortbildungsschule und Arbeitsstätte.
- In den Gewerkschaften und Betrieben muß gefordert werden, daß sich die leitenden Körperschaften mit aller Kraft für eine der Forderung entsprechende sofortige Erhöhung der Löhne der Jugendlichen insbesondere der Lehrlinge, unter Anpassung an die Löhne der Erwachsenen.

einsetzen. Die Erfüllung dieser Forderungen ist das Mindeste, was die Jungarbeiterschaft verlangen muß. Werden

sie nicht bald erfüllt, so bedeutet das, daß wiederum viele junge Arbeiter den weißen Gardien, viele junge Arbeiterinnen der Prostitution und dem Verbrechen verfallen.

Schärfsten Kampf gilt es aber gegen die Verlängerung der Arbeitszeit zu führen. Die Beschlüsse des sozialpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates, die

für alle Jugendlichen außer der achtstündigen Arbeitszeit noch eine neunte Stunde für Vorbereitungs- und Aufräumungsarbeiten festlegen, des weiteren

die Pflichtfortbildungsschulzeit nicht mit in die Arbeitszeit einberechnen will, bedeutet für die arbeitende Jugend

### die 60-Stundenwoche.

Schon ist ein Teil der Unternehmer und besonders der Handwerker dazu übergegangen, die Beschlüsse praktisch anzuwenden, bevor sie noch Gesetzeskraft erlangt haben. Die Gewerkschaften und besonders der Reichsausschuß der Arbeiterjugendorganisationen (RUSJ), die euch im März d. J. zu Kundgebungen gegen das Arbeitszeitgesetz und die 54-Stundenwoche aufriefen, haben bisher versäumt, das Mindeste dagegen zu unternehmen. Die Gefahr ist größer und unso sträflicher, ist die Untätigkeit dieser Organisationen.

Junge Arbeiterinnen, Arbeiter und Lehrlinge! Wir wenden uns an euch mit der Aufforderung:

**Nehmt nunmehr geschlossen den Kampf gegen eure völlige Verelendung auf!**

Tut ihr das nicht, so wird der Kapitalismus in kurzer Zeit rücksichtslos tausende von jugendlichen Arbeitern dem Elend und dem Hunger ausliefern. Die Proletarier, die durch ihre Vertreter auf dem Reichsbetriebsrätekongreß ihren Willen bekundet haben, den Abwehrkampf zu führen, dürfen nicht allein bleiben. Das gesamte Proletariat muß sich ihnen anschließen, um siegreich dem Ansturm der Ausbeuter widerstehen zu können.

Wir aber als die arbeitende Jugend müssen in den ersten Reihen des Kampfes marschieren.

**Wählt in allen Betrieben Vertrauensleute der arbeitenden Jugend!**

die den Kampf zu organisieren haben, schart euch um die Arbeitsausschüsse der arbeitenden Jugend!

Wir fordern euch auf,

**Gegen den Angriff der bestehenden Klasse und ihrer Regierung auf die Lebensrechte der arbeitenden Jugend, und für die Forderungen des Jungproletariats**

am Sonntag, den 10. Dezember 1922

**in allen Orten Deutschlands zu demonstrieren.**

Zeigt der Bourgeoisie, daß ihr gewillt seid, mit allen Kräften den Kampf aufzunehmen. Das gesamte Jungproletariat muß aufmarschieren.

Es lebe der gemeinsame Kampf der jungen und erwachsenen Arbeiter!

Es lebe der Sieg der Arbeiterklasse über den Kapitalismus!

Zur Aufgabe der Delegierten der jugendlichen Arbeiter auf dem Reichsbetriebsrätekongreß:

Hillenbrand-Wasserkante (K. I.) Spitzbarth-Sachsen (S. R. I.) Süß-Pfalz (K. I.) Siebeck-Mittelddeutschland (Parteilos) Markus-Rheinland (S. P. I.) Krause-Berlin (K. I.)

denn der gewohnte einheitliche Drei ist. Doch es ist nur Schein. Denn in der Bewilligung der neuen Lasten sind sie sich doch einig — Sozialdemokraten und Deutsche! Der ordnungserhaltende Drei ist da, die Einmütigkeit auch und — die werktätige Bevölkerung Breslans kann zahlen.

Siege nach Beginn der Sitzung entspann sich eine Straßenbahndebatte

dadurch, daß die Straßenbahnpreise wieder erhöht werden sollen. Schon in der letzten Sitzung lag ein dringlichster Antrag vor, den die Sozialdemokraten damals — scheinbar zurückgelassen. Der Sozialdemokrat Kasch hatte es übernommen, für die neuen Erhöhungen zu sprechen. Demnach schiedet die Sozialdemokraten gegen Erhöhung vor, der in längeren Ausführungen allerlei Mißstände empfahl, die bei Straßenbahn helfen sollen. Im Laufe seiner Rede sagte Stope: „Wenn es nicht anders geht, wird man das Interesse des Einzelnen hinter das Interesse der Stadt zurückstellen.“ Das ist das weitere, als die Beschränkung der USPD, in der Frage der städtischen Straßenbahn „im Interesse der Stadt“ zurückgelassen und die Straßenbahner im Stich zu lassen? Ferner konnten die Sozialdemokraten einen Antrag ein, daß 1. für Kinder bis zum 11. Jahre Kinderfahrkarte eine zur Hälfte des vollen Umfanges, 2. Wochenkarten mit Umfahrgerechtigkeit ausgeben werden und 3. keine Verkehrsverbände bei der Straßenbahn durchgeführt werden. Des alles machten die Sozialdemokraten nur, um zu verhindern, daß sie den neuen Erhöhungen zustimmen, obwohl die „Rechtschaffen“ selbst längst schon, daß die Preise nicht zu hoch sein dürfen, da sonst die Wagen leer laufen. Obwohl es somit nur ihnen gelungen ist, können die USPD-Leute in neuen Straßenbahndebatten zu zeigen dem Volk ihre eigene Gestalt! Und glücken sie, mit den letzten Worten des Herrn

Stope die Straßenbahner darüber hinwegzubringen, daß die USPD nichts gegen die Massenentlastungen tut. — Offenbar beleidigt durch die Ausführungen seines Parteifreundes Stope, empfahl der Sozialdemokrat Kasch, die Herren, die so viele „neue“ Vorschläge machten, mögen doch in die Verkehrsdeputation gehen.

Die neuen Straßenbahnpreise die beschlossen wurden und bereits gestern in Kraft getreten sind betragen:

| Einfache Fahrt | Umfahrgerechtige Fahrt | Wochentarten | Wochentart f. Kriegsverletzte | Innerhalb d. Zahlgrenzen |        | Über die Zahlgrenzen |         |
|----------------|------------------------|--------------|-------------------------------|--------------------------|--------|----------------------|---------|
|                |                        |              |                               | bis 11 Uhr               | abends | 25 Mark              | 30 Mark |
|                |                        |              |                               | 30                       | 35     |                      |         |
|                |                        |              |                               | 180                      |        |                      |         |
|                |                        |              |                               | 90                       |        |                      |         |

Einfache Fahrt von 11 Uhr abends an 35 Mark.  
Umfahrgerechtige Fahrt von 11 abends an 40 Mark.  
Wochentarten 200 Mark, Regentarten 300 Mark, Botzungswochenarten 150 Mark, Schülerwochenarten, 60 Mark, Streckentarten 160 Mark.

Die nächste Debatte entspann sich bei der Beratung eines Dringlichkeitsantrages des Magistrats, in dem Mittel zur Wiederbeschaffung gestohlener Regenabfallrohre der Jahrhunderthalle gefordert werden. Es wurde in ausführlichen Reden auf die zunehmenden Diebstähle

an Kanalarbeiten ufm. hingewiesen, ohne daß die sozialen Ursachen dieser Tatfrage hergestellt wurden.

Die Hauptdebatte kam bei der Beschlußfassung über neue Erhöhungen der Preise für Gas und Elektrizität.

Der Magistrat schlägt in einem Dringlichkeitsantrage vor, für Gas einen Zuschlag von 8 Mark pro Kubikmeter und für Elektrizität zur Verleumdung einen Zuschlag von 22 Mark für die Kilowatt

stunde zu erheben. Die Mehrausgaben entspringen aus der durch die fortschreitende Geldentwertung bedingten Steigerung der Gehälter und Löhne vom 10. November ab. Alle Redner erklärten in geradezu weinerlichem Tone, daß sie den neuen Gehältern nicht gern zustimmen werden. Ausführlich wurde dabei über

### die Entlohnungen der städtischen Arbeiter

gesprochen. Unsere Leser werden sich besinnen können, daß die „Volksmacht“ und kürzlich in einem Artikel „Kommunistische Arbeiterpolitik“ anzukündigen versuchte und dabei das städtische Lohnamt herausstrich, das den Arbeitern so „hohe“ Löhne errechnet. Der Sozialdemokrat Masch führte nun zur Lohnpolitik bei der Stadt aus:

„Sie sehen, daß die Berechnungen keinesfalls die in anderen Städten übertreffen. Wir müssen bedenken, daß die Löhne der städtischen Arbeiter in mancher Zeit weit hinter denen in der Privatindustrie und in den Staatsbetrieben zurückbleiben.“

Was wird die „Volksmacht“ nun sagen? — Die Deutschnationalen ließen durch den feisten Bujatowsky erklären, daß sie es für viel schlimmer halten, wenn die Gaspreise steigen, als wenn die Beiträge von den Löhnen abgezogen werden. Das schallende Gelächter der Arbeiter auf der Tribüne wurde von Geheimrat Hellberg unterbrochen. Auch ein Zeichen des sozialdemokratischen Stadtparlamentes, daß ein Geheimrat den Arbeitern Breslaus das Leben verbietet! (d. V.) Die Demokraten kritisierten ebenfalls die hohen Löhne, sagten aber für diesmal ihre Zustimmung zur Vorlage noch zu. — Am deutlichsten sprach der Oberbürgermeister Dr. Wagner. Er meinte, daß die Stadt eben kein besseres Mittel habe, Gelder zu bekommen. Bestenfalls könnten die Grund- und Gebäudesteuern erhöht werden. Doch würden die damit ausgebrachten Summen nach dem Reichsminister-gesetz wieder auf die Arbeiter abgewälzt.

### Alles lastet auf den Schultern der Armen.

So sagte der Oberbürgermeister und so ist es in der freien Republik wirklich! Die Sozialdemokraten ließen noch zwei Redner aufschreien, von denen Stadtverordneter Otto die bemerkenswerte Anweisung vertrat, die Arbeiter hätten sich von den Gewerkschaften lange genug an der Nase herumführen lassen und die Gewerkschaften hätten sich zu sehr nach dem Kapital gerichtet. Trotz allen Gestimmels stimmten die Sozialdemokraten geschlossen für die neuen Gaspreise, denn es fehlt ihnen der Mut, die Lasten den Besitzenden aufzuerlegen. — Es wurden vom Oberbürgermeister bei der Beratung eines Dringlichkeitsantrages, für die Beschaffung von Holz- und Eisengut für die Instandsetzung der städtischen Flußbäder 1,8 Millionen Mark bereitzustellen.

### starke Worte gegen die JA.

gebraucht, von der Stadt fordert, vor zwei Jahren vom Reichs-verwertungsausschuss erworbene Pontons ohne Entschädigung herauszugeben.

Zum Schluß wurde eine dringliche Anfrage der BSW, die Verhältnisse in der Esplanade behandelt, durch den Magistrat erledigt.

Sast ohne Aussprache wurde folgende Vorlagen angenommen: Instandsetzung eines Kranenwagens, Gewährung von Zuschüssen zur Beschaffung von Winterkartoffeln, Erhöhung der Pacht für den Schmiedener Keller, Erhöhung der Vergütung für die in den Krankenanstalten beschäftigten Schwestern, Erhöhung der Gebühren für den Schlacht- und Viehhof, Erhöhung der Gebühren bei der Friedhofsverwaltung, Erhöhung des Beitrages zu den Straßeneinigungskosten für das Grundstück Lehmgärten, Platz Nr. 52, Erhöhung der Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Bedürfnisanstalten von 50 Pf. auf 1 Mark bzw. von 1 Mark auf 2 Mark (der Magistrat hatte 5 bzw. 10 Mark vorgeschlagen), Beschaffung von Wäsche für das Krankenhaus zu Wertheim, Bereitstellung der Mittel für erweiterte Notstandsmaßnahmen für die Sozialrentner, Verstärkung von Haushaltsplänen.

Erst kurz vor 9 Uhr wurde die Sitzung, an der zum Schluß nur einige Stadtverordnete teilnahmen, beendet.

### Die Entlassungen bei der Straßenbahn.

Soben wird uns mitgeteilt, daß mit dem 1. Dezember sämtliche ledigen und verheirateten Angestellten ohne Kinder bei der städtischen Straßenbahn gekündigt wurden.

Was bedeutet die sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit und was der Transportarbeiterverband zu tun, um die Entlassungen zu verhindern.

### Zur Nachahmung empfohlen!

Für unseren Umbau sandte uns die Ortsgruppe Seibsdorf ein größeres Paket portofrei zu, enthaltend

### Nägel, Karbid und Werkzeug.

Wir danken diesen Genossen recht herzlich und freuen uns des großen Interesses, das unserem Unternehmen entgegengebracht wird.

Produktiv-Genossenschaft.  
Zschöcher.

### Achtung! Metallarbeiter!

Sämtliche kommunistischen Metallarbeiter müssen heute Sonnabend, den 2. Dezember 1922, abends 7 Uhr, bestimmt und pünktlich im Parteibüro, Nikolaisstr. 49/50, erscheinen, zwecks Aussprache und Stellungnahme zur Generalversammlung.

Die Genossen, die nicht erscheinen, werden zur Verantwortung gezogen werden.

### Kommunistischer Hilfsdienst.

Für Sonnabend, den 2. 12. kommen folgende Genossen zum Subbotnik: Dörschner, Georg Schönfelder, Paul Müller, Mahler, Köpfer, Wagner, Junke, Robert Müller, Raffanke, Ambigty.

Für Sonntag, den 3. 12. kommen folgende Genossen zum Subbotnik: Georg Zahn, Josef Korzelnik, Leonhard, Sturm, Max und Georg Wilde, Kleinert, König, Standke, sämtliche Distriktsführer und alle Funktionäre. Außerdem kann sich wieder einmal die gesamte K. J. beteiligen. Arbeit genügend vorhanden. Da die Plätze, die wir ausmachten, sehr groß ist und schnellstens erledigt sein muß, werden alle Genossen ersucht, pünktlich um 9 Uhr zu erscheinen.

Für Montag, den 4. 12. kommen folgende Genossen zum Subbotnik: Pantke, Weidner, Wossing, Weigelt, Probst, Grimm, Stuma, Njakomsky und Reichelt.

Arbeiter-Schachverein Breslau. Die Vorstandssitzung findet am Sonnabend, den 2. Dezember, im Restaurant Paulstraße 42 statt.

## Bis zum 5. Dezember

müssen alle Ortsgruppen abgerechnet haben!

Genossin! Genosse!

Sorgt nun dafür, dass auch eure Ortsgruppe

## die Pflicht erfüllt!

## An die werktätige Bevölkerung Breslaus

Nachdem der Reichs-Betriebsräte-Kongress seine endgültigen Maßnahmen zum Kampfe gegen Not und Verelendung beschlossen hat, werden die dorthin entsandten Delegierten über den Verlauf der Konferenz berichten, sowie über die weiter zu ergreifenden Maßnahmen referieren.

### Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Zu diesem Zwecke finden im Laufe dieser Woche drei öffentliche Volksversammlungen statt und zwar in folgenden Lokalen:

**Dienstag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr,**

Wratislawa (Cyner), Mauritiusplatz;

**Mittwoch, den 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr,**

Zentralballfale (Kronprinz), Westendstr. 50/52;

**Mittwoch, den 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr,**

bei Baudach, Frankfurterstraße 117.

Die gesamte werktätige Bevölkerung Breslaus, insbesondere die Frauen und die im öffentlichen Dienst stehenden Beamten sowie Vertreter aller politischen Parteien und der Gewerkschaften sind hierzu besonders eingeladen.

Breslau, den 4. Dezember 1922.

### Betriebs-Räte Bezirks-Ausschuß Breslau.

### Landeshut.

Eine Ausbeuterfirma schlimmster Art ist die vor einem Jahre hier auf dem Feldwege gegründete Spielwarenfabrik Reich & Wüst. Die Firma beschäftigt jetzt 15 Personen, meist Jugendliche, bei einem Stundenlohn von sage und schreibe 8 bis 17 Mark. Bestrebungen, die Löhne durch Zusammenschluß in der Organisation etwas zu heben, beantworteten die Geschäftsinhaber mit der sofortigen Entlassung einiger Kollegen. Die Firmeneinhaber, die durch den Export schwer verdienen müssen, auch sonst bei persönlichen Ausgaben nicht knauser sind, schämen sich nicht, in einer so teuren Zeit mit Hungerlöhnen zu operieren. Hier werden die Organisationen, die Eltern der Jugendlichen und überhaupt die gesamte Arbeiterschaft die schärfsten Mittel anzuwenden haben, um dem brutalen Herrschaftsansatz der auf Ausbeutung eingestellten Importfirmen ein Paroli zu bieten.

### Altwasser.

Freie Elternvereinigung. Sonntag, den 3. Dezember 1922, vormittags 9 Uhr, Generalversammlung im Eisernen Kreuz. Wegen wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen Pflicht eines jeden Mitgliedes und aller Funktionäre der Antipartei und Gewerkschaften.

### Neustadt OS.

Proletarischer Freidenkerbund. Am Sonntag, den 3. Dezember, 10 Uhr vormittags, im Lokal „Neue Welt“, wichtige Mitgliederversammlung. Alle aus der Kirche ausgeschiedenen Gewerkschaftsmitglieder werden eingeladen zu erscheinen. Referent ist anwesend.

### Langenbielau.

Verammlung des Konsumvereins. Am 22. November tagte hier die Generalversammlung des Konsumvereins „Selbsthilfe“. Der Geschäftsführer Kollege Prasse gab den Bericht. Er jagte, daß der Dollar den ganzen Markt beherrscht und daß verschiedene Artikel in Zukunft überhaupt nicht mehr geführt werden können. So z. B. Geringe, Schuhe usw. Das Kapital ist zu schwach. In der Diskussion sprach u. a. Kollege Müller. Er jagte, daß zwar der Umsatz gestiegen, d. h. der Kennwert, daß aber der Realwert bedeutend zurückgegangen sei. Viele Artikel können nicht mehr gekauft werden, weitere werden folgen. Die Genossenschaftsbewegung geht zurück. Was ist schuld? Nicht nur der Versailles Vertrag. Die Lasten des Krieges sollen dem Kapital auferlegt werden, das den Krieg verursacht. Die Erhöhung der Anteile muß loyal durchgeführt werden. Doch das allein kann nicht helfen, wenn nicht andere Maßnahmen ergriffen werden. Das schändlichste ist, daß die Umfassung für die Genossenschaften durchgeführt worden ist, wozu Zustimmung von der Genossenschaft und die sozialdemokratische Fraktion ihre Zustimmung gaben. Von Privatbanken soll kein Geld genommen werden. Staat und Gemeinde müssen Gelder zur Verfügung stellen, um die Kaufkraft der Genossenschaft zu heben. Wir müssen überall dem Bucher entgegengetreten durch Kontrolle der Produktion. Dazu ist aber eine Koalitionsregierung ohnmächtig, das kann nur eine Arbeiterregierung schaffen. Kollege Wölfe meinte, die Kommunisten wollten immer eine Arbeiterregierung, aber beteiligten sich nicht daran (Sachsen). Kollege Müller forderte das Wort zur Erwiderung. Nun sollte keine Politik mehr getrieben werden, ein Kollege stellte sich das geistige Armutszeugnis aus und stellte den Antrag, Kollegen Müller das Wort zu entziehen. Die Kollegen sprachen dagegen und so erklärte Kollege Müller, daß die Kommunisten mit Recht nicht in die Regierung gehen, wenn man sich auf eine Verfassung stützen will, die der Arbeiterschaft nur zum Schaden ist. Kollege Saub gab den Kassenbericht. Er wurde genehmigt. Weiter sprachen noch die Kollegen Belz, Lur und Habrecht. Letzterer wandte sich an die Kollegen, nicht für Personen im Konsum zu kaufen, welche nicht der Genossenschaft angehören, da sonst billigeren Waren von Nichtmitgliedern aufgekauft werden. Das Eintrittsgeld wurde auf 30 Mk. und die Anteile auf 3000 Mk. erhöht. Die Sparanlagenhöhe von 1 Million auf 10 Millionen genehmigt. Arbeiter! Hinein in die Genossenschaft! nur durch intensive Tätigkeit können wir vorwärts kommen.

Eine tote Kumpelin. Am Donnerstag abend verstarb plötzlich und unerwartet unsere Genossin Hedwig Schafeld im Alter von 62 Jahren. Trotz ihres Alters und ihrer Beschwerden war

## Genosse Sorge für Weiterverbreitung Deiner Zeitung!

keine der besten Genossinnen, die ihre ganzen Kräfte der Partei zur Verfügung stellte. Allen Genossen und Genossinnen war sie ein leuchtendes Vorbild. Das, was sie erstrebte, konnte sie nicht mehr erleben, das Ziel der Völkerbefreiung. Doch ihr Schwur ist auch der unsere! Nicht eher Raft und Ruh, bis unser Ziel erreicht, bis auf den Willen der Bourgeoisie die Sommerjahre weht, bis Freiheit und Brüderlichkeit die Welt umspannt. Auf, Genossen und Genossinnen! Am Grabe unserer Genossin erneuern wir den Schwur! Der Körper faul, doch der Geist wird nie sterben. (1)

### Freiburg.

Eine Mitgliederversammlung der „Freien Elternvereinigung“ fand am 10. d. Mts. im „Bühlwald“ statt, die leider sehr schwach besucht war. Der Vorsitzende, Schulrevisor W. O. N. A., eröffnete dieselbe mit der Begrüßung des Bezirksvorsitzenden Herrn Lehrer Käber-Neufahrt, der als Referent erschienen war. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Sachen, erhielt letzterer das Wort zu seinem Vortrage „Wie ich mit der weltliche Gemeinschaftsschule vorstelle“. Er führte etwa folgendes aus: Obgleich der Staat heute nicht mehr in solchem Maße eine Stütze der Kirche sei wie früher, hat doch noch keine Enttötung der Schulen stattgefunden. Es steht aber jetzt den Eltern frei, ihre Kinder in die Schule zu schicken, die sie für die beste halten. Nun sind aber früher die Eltern systematisch zur Gebantenlosigkeit erzogen worden, so daß es nicht verwunderlich ist, wenn immer noch so viele Volksgenossen der weltlichen Gemeinschaftsschule ablehnend gegenüberstehen. Der Redner legte dann ausführlich dar, wie seiner Meinung nach die weltliche Schule aussehen soll. In ihr darf kein Zwang zu Unbilllichem stattfinden, noch darf sich der Lehrer außerhalb der Kindesgemeinschaft stellen! Ein erstrebenswertes Ziel sei auch die Abschaffung der Prügelstrafe, das sich aber leider solange nicht erreichen lassen wird, als sie die Eltern selbst anwenden und die häusliche Erziehung noch gar so viel zu wünschen übrig läßt. Am Schluß der lebhaften Debatte wies der Vortragende noch einmal darauf hin, daß eine fruchtbare Weiterentwicklung der weltlichen Schule — auch in Freiburg — nur geschehen wird, wenn sie die von ihm ausgeführten Bedingungen erfüllt und die Interessiertheit gerade auf diesem wichtigsten kulturellen Gebiet aufhöre. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde u. a. eine Weihnachtsfeier für die beiden weltlichen Klassen beschlossen.

### Weißstein.

Ein Arbeiter-Schach-Klub wurde am 28. November im Hotel „Bürgerheim“ gegründet. Es ließen sich sofort 14 Genossen als Mitglieder einschreiben. Ein Vorsitzender wurde provisorisch gewählt und zwar der Genosse Hermann Götlich. Das Eintrittsgeld wurde auf 30 Mark festgelegt. Für Sonntag den 10. Dezember wurde die eigentliche Gründung und Versammlung anberaumt, in welcher der Gesamtvorstand gewählt werden soll. Nach kurzem Meinungsaustausch wurde die Zusammenkunft geschlossen. Außerdem wurden einige Partien ausgetragen. Dieses so interessante Spiel muß in den Arbeiterkreisen die weiteste Verbreitung finden. Deshalb werden diejenigen Genossen, welche Lust haben, dieses unterhaltende Spiel zu erlernen, gebeten, für Sonntag den 10. Dezember, vormittags 9 Uhr, im Hotel „Bürgerheim“ zu erscheinen. Die jeweiligen Übungsstunden finden jeden Freitag, abends 8 Uhr, und jeden Sonntag, vormittags 9 Uhr, daselbst statt. — Die Arbeiter dürfen sich aber nicht so intensiv am Schachspielen beteiligen, daß sie darüber den Klassenkampf vergessen.

### Langwaltersdorf.

Der Arbeiter-Turn-Verein veranstaltete am Donnerstag einen Unterhaltungs-Abend. Die Leistungen der Turner, Turnerinnen und Jugendturner waren sehr gut, ebenso die Theateraufführungen „Der Feierabend“ und „Die letzte Frist“, zwei humorvolle Stücke, die dem Arbeiterleben der heutigen Zeit entsprechen. Leider war der Besuch des Abends nicht so gut, wie er erwartet wurde. Das lag wohl daran, daß erstens das Wetter sehr schlecht war und zweitens, daß vor Anfang der Vorführung das elektrische Licht versagte. Es ist zu wünschen, daß alle Einwohner des Ortes den Arbeiter-Turn-Verein weiter unterstützen und bei späteren Veranstaltungen mehr Interesse zeigen. Der zweite Unterhaltungs-Abend soll im Januar 1923 in Nieder-Waltersdorf stattfinden.

### Klein Mochbern.

Durch Betriebsräte ist an Kollegen Adelt, Beltajelstraße 6, vom Personenbahnhof Kl. Mochbern am 22. November 732 Mark (siebenhundertzweiunddreißig Mark) abgeliefert worden.

### Briefkasten.

Ursdorf, Ernst S. Den uns überbrachten Brief können wir wegen Platzmangel leider nicht bringen, obwohl er sehr interessant ist.

## An unsere Kolporteurs!

Wir fordern die Kolporteurs auf, unverzüglich das gesamte Zeitungsgeld für November abzurechnen. Insbesondere wird auf die Nachzahlung von 22,50 Mk. für die 3. und 4. Woche verwiesen. Die Genossen müssen berücksichtigen, daß der Bau unserer neuen Druckerei seiner Vollendung entgegengeht und daß zu seiner Fertigstellung noch ungeheure Mittel gebraucht werden. Genossen! Tut eure Pflicht!

Verlag und Expedition  
der Schlesischen Arbeiter-Zeitung.

## K \* P \* D

### Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlessen)

Bezirksleitung • Büro und Kasse: Breslau, Nikolaisstr. 49/50. Fernsprecher Ring 8837. Adresse: Alfred Dörschner, Breslau 1, Nikolaisstr. 49/50. Post-Scheckkonto Breslau 58864, Alfred Dörschner. Agitationskreis Breslau. Kreisleiter: Exploster Raffanke, Breslau.

Breslau. Die Distriktabrechnungen vom November finden vom 30. 11. bis 6. 12. in der Zeit von 6 bis 8 Uhr nachm. in unserem Büro statt. Da die Bezirksleitung von uns früheste Abrechnung verlangt, wird jeder Distriktsprezident ersucht, recht pünktlich abzurechnen. Sämtliche Funktionäre, die die Sammellisten für Oberschlesien empfangen haben, sind verpflichtet, dieselben sofort abzurechnen. Distrikt 9. Gellhornstraße 21. Sonnabend, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung. Besprochen wird über: Anarchismus und Marxismus in der Gewerkschaftsbewegung. Achtung Eisenbahner. Alle kommunistischen Eisenbahner treffen sich Montag, den 4. Dezember, abends 7 Uhr, im Parteibüro. Tagesordnung: 1. Bericht vom Reichsbetriebsrätekongress. 2. Organisatorisches. 3. Freie Aussprache. Ausweis mitbringen.

